



Verhandlungsschrift

über die am **Dienstag, dem 04. Februar 2020**
in der Welser Stadthalle stattgefundenene

39. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.04 Uhr.
Ende der Sitzung: 16.28 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 38. Sitzung des Gemeinderates vom 16.12.2019 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

An w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Margarete Josseck-Herd

Gemeinderäte:

Christian Fila

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

DI. Gunter Haydinger

Mark Paulusberger

Ralph Schäfer, BSc

Olivera Stojanovic, BSc

Christiane Kroiß

Elke Ruetz

Ronald Schiefermayr

Georg Taitl

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Klaus Hoflehner

Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Mag. Daniela Schindler

Mag. Phil. Mato Simunovic

Stefan Ganzert

Laurien Scheinecker, BA

Barbara Wildfellner

Mag. Bernhard Humer

KR. Karl Schönberger

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Andreas Weidinger

Augustine Hacker

Walter Zaunmüller

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Mag. Peter Sönsner

Mag. Walter Teubl

NEOS

Gemeinderat:

Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaler

Helga Rosenberger

Entschuldigt:

Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger, GR. Christian Kittenbaumer, GR. Markus Wiesinger, GR. Stefan Haböck, GR. MMag. Stefanie Rumersdorfer

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 23.01.2020 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfragen

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Förderungen im Integrationsbereich
Verf-015-W-35-2019

Bgm. Dr. Rabl: Die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion stellte am 14.12.2019 folgende Anfrage an Vizebürgermeister Gerhard Kroiß:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Kroiß!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Welche Förderungen im Integrationsbereich wurden in den Jahren 2016 – 2019 beantragt?
2. Wo wurden diese beantragt?
3. In welcher Höhe?
4. Für welches Projekt?
5. Welche Förderungen für welche Projekte laufen derzeit im Bereich Integration?

Vzbgm. Kroiß: Ich darf die Fragen wie folgt beantworten:

Im Jahr 2016 stellten wir beim Land Oberösterreich folgende Ansuchen:

- um € 10.000,-- für den Monat für Respekt und Toleranz - diese bekamen wir auch;
- um € 6.860,-- für die Lernbegleitung im Quartier Gartenstadt und Noitzmühle - diese bekamen wir auch;
- um € 15.000,-- für das Projekt Laiendolmetsch - vorerst bekamen wir € 14.100,--;
- um € 10.000,-- Euro für die Mitfinanzierung der Studie Integration der Donau Uni Krems - diese wurde vom Land Oberösterreich abgelehnt.

In den Jahren 2017 – 2019 stellten wir beim Land Oberösterreich ein Ansuchen um Förderung des Projektes AMIF „Neu in Wels“ (AMIF = Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds). Dieses Projekt ging drei Jahre und lief Ende 2019 aus. Während dieser Laufzeit wurden durchgeführt:

- 10 Deutschkurse mit insgesamt 135 Personen,
- die Lernwerkstatt für Kinder im Quartier Gartenstadt und in der VHS Noitzmühle,
- 9 x die Lernwerkstatt für Erwachsene,
- 40 Workshops u.a. Gewaltprävention, Mülltrennung, Bildungsberatung, interkulturelle Elternarbeit, Vorlesen im Altersheim, Kulturspaziergang und Wertevermittlung,
- 12 Elterntreffs, damit impliziert zahlreiche Beratungen und Clearings für die Sprachfeststellung und Einteilung in die Sprachkurse.

Zusätzlich suchten wir im Jahr 2017 beim Land Oberösterreich an

- um € 10.000,-- für das Monat für Respekt und Toleranz
- um € 12.062,-- für die Schulstartwochen.

Diese erhielten wir auch und zusätzlich € 900,-- – eine Restzahlung für den Laiendolmetsch-Lehrgang im Jahr 2016.

Im Jahr 2018 suchten wir beim Land Oberösterreich an

- um € 5.700,-- für zwei Sprachkurse,
- um € 12.461,-- für den Monat für Respekt und Toleranz,
- um € 10.272,-- für die Schulstartwochen 2018,
- um € 8.162,-- für die Flötenspatzen.

Diese bekamen wir auch.

Im Jahr 2019 suchten wir beim Land Oberösterreich an

- um € 11.600,-- für vier Sprachkurse – erhielten wir bereits,
- um € 6.250,-- für die Schulstartwochen 2019 – erhielten wir bereits,
- um € 9.994,-- für die Familienlernwerkstatt in der VS 4 – dieser Antrag ist noch offen,
- um € 3.000,-- für einen Sprachkurs „B 1“ – dieser Antrag ist noch offen,
- um € 5.000,-- für die Kreativwerkstatt – dieser Antrag ist noch offen.

Die Förderanträge für das Projekt I-Musicanti und Eltern-Kinder-Workshops VS 10 an das Land Oberösterreich sind noch in Bearbeitung.

Wir werden im Jahr 2020 vorerst einmal um Förderung ansuchen

- für die Lernwerkstatt Deutsch,
- für Deutschkurse nach Bedarf mit offenem Zugang,
- für die Schulstartwochen,
- für Eltern-Kinder-Workshops – weil wir das auf weitere Schulen ausweiten möchten,
- für das I-Musicanti-Projekt,
- für die Kreativwerkstatt im Quartier Gartenstadt – diese wollen wir auch auf die Noitzmühle ausweiten.

Wir werden natürlich bei allen weiteren Projekten zum Thema Integrationen bei den verschiedensten Fördergebern ansuchen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Anfragebeantwortung.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Kosten Umbaumaßnahmen im Rathaus
Verf-015-W-1-2020

Bgm. Dr. Rabl: Die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion stellte am 27.01.2020 folgende Anfrage an mich:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

Im Rathaus wurden umfangreiche Umgestaltungen im Bereich der Büros des Bürgermeisters und des Vizebürgermeisters durchgeführt.

1. Wie hoch waren die Ausgaben für die dabei erfolgten baulichen Maßnahmen?
2. Welche Kosten verursachten die notwendigen technischen Einbauten?
3. Was kostete das Mobiliar?
4. Welche Ausgaben wurden für neu angeschaffte Geräte und Arbeitsmittel aufgewendet?

Bgm. Dr. Rabl: Ich darf diese Anfrage wie folgt beantworten.

Zu Frage 1: Die baulichen Maßnahmen der Revitalisierung Obergeschoß 2 umfassen die Geschoßflächen im 2. OG der Liegenschaft Rathaus. Insgesamt belaufen sich die Gesamtaufwendungen für bauliche Maßnahmen unter Berücksichtigung des Mischsteuersatzes der Stadt Wels auf 482.062,24 Euro. Den größten Anteil an diesen Kosten machten dabei die Baumeisterarbeiten, die Estricharbeiten, die Bodenarbeiten, gefolgt von den Trockenbauarbeiten aus. Der Rest verteilt sich auf verschiedene Gewerke. Welche Kosten konkret für den Umbau im Bereich des Büros des Bürgermeisters bzw. des Büros des Vizebürgermeisters entstanden sind, kann nicht festgestellt werden, da eine genaue Zuordnung nicht möglich ist.

Zu Frage 2: Bei den Kosten für die Umbaumaßnahmen des OG 2 im Bereich des Rathauses sind Kosten für technische Maßnahmen in Höhe von 137.427,- Euro enthalten. Diese Kosten wurden zu 63 % für die IT-Infrastruktur verwendet, 19 % für die Klimatechnik, der Rest entfällt auf verschiedene Einzelgewerke. Welche Kosten konkret für die technischen Maßnahmen im Bereich des Büros des Bürgermeisters bzw. im Bereich des Büros des Vizebürgermeisters entstanden sind, kann nicht festgestellt werden, da eine genaue Zuordnung nicht möglich ist.

Zu Frage 3: Die Kosten für diverses Mobiliar, wie Sessel, Tische, Teeküche sowie Ausstattung an Sonnenschutz, Vorhängen, Rollos betragen aufgegliedert nach Nutzern Büro Bgm. Dr. Rabl 22.721,85 Euro, Büro Vzbgm. Kroiß 9.554,01 Euro. Alle angeführten Werte inklusive der anteiligen Mehrwertsteuer, wobei es sich um einen Mischsteuersatz handelt.

Zu Frage 4: Anschaffungen für Geräte und Arbeitsmittel wurden lediglich im Bereich Büro des Bürgermeisters Sekretariat incl. Besprechungsraum durchgeführt. Die Kosten anteilig dafür sind 1.043,86 Euro.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Zum Initiativantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Tracking-System für Initiativ- und Dringlichkeitsanträge darf ich mitteilen, dass zwischenzeitig die Unterschriftenliste von allen Mandataren unterschrieben wurde und die neue Regelung betreffend Veröffentlichung des Tracking-Systems auf der Homepage der Stadt Wels nunmehr in Kraft getreten ist (Verf-015-S-121-2019).

Bgm. Dr. Rabl: Ich möchte festhalten, dass ein Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden soll. Es handelt sich dabei um die Abänderung des Flächenwidmungsplanes hinsichtlich der WSG. Hintergrund ist, die Bankgarantie von der WSG zur Absicherung der Ansprüche aus dem Raumordnungsvertrag wurde nicht rechtzeitig gelegt. Genau aus diesem Grund sollte dieser Antrag abgesetzt werden. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung auf Absetzung des TOP 6.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Bgm. Dr. Rabl auf Absetzung des TOP 6. wird

einstimmig angenommen.

Aktuelle Stunde

Bgm. Dr. Rabl: Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat das Thema „(illegales) Glückspiel“ und die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion hat das Thema „Supermarkt Freshland am Marktgelände“ bekanntgegeben.

Nach § 11 Abs.3 GOGR hat der Bürgermeister nach dem Zeitpunkt des Einlangens der Anträge zu entscheiden welche Aktuelle Stunde zum Zug kommt, wobei auf die Abwechslung zwischen den Fraktionen Bedacht zu nehmen ist. Der Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion langte am 30.01.2020 um 08.23 Uhr im Büro des Bürgermeisters ein, jener der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion am 30.01.2020 um 16.51 Uhr. Seit der letzten Gemeinderatswahl im Jahr 2015 gab die SPÖ-Gemeinderatsfraktion fünf Themen einer Aktuellen Stunde bekannt, welche auch durchgeführt wurden. Die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gab vier Themen bekannt, welche ebenfalls durchgeführt wurden. Das maßgebliche Kriterium ist nach dem Gesetz der Zeitpunkt des Einlangens, welcher für den Themenvorschlag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion spricht. Betreffend Abwechslung in der laufenden Funktionsperiode wurden in etwa gleich viele Themen eingebracht und behandelt, weshalb der SPÖ-Gemeinderatsfraktion die Abhaltung der Aktuellen Stunde zuerkannt wird. Ich ersuche diesbezüglich um die Ausführungen.

GR. Ganzert: Vorweg eine kleine formelle Kritik: Der Herr Bürgermeister führte soeben aus, wie wir zur Erlangung der Aktuellen Stunde kamen. Es war für einige Gemeinderäte verwirrend - es kam ein Mail am Freitag, ein weiteres am Montag, es war noch nicht ganz sicher, ob die SPÖ-Fraktion die Aktuelle Stunde abhalten darf. Beim Vorsitzenden holte ich mir Gewissheit darüber. Vielleicht könnte man in Zukunft ermöglichen, dass die Fraktionen Einsicht erhalten, ob sie sprechen dürfen oder nicht.

Diese Aktuelle Stunde dreht sich um das Thema (illegales) Glückspiel. Wels gilt als Hotspot für (illegales) Glückspiel und sogar mafiöse Strukturen in unserer Stadt gibt es. Dies sagte niemand geringerer als der ehemalige FPÖ-Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek. Wenn sie sich zurückerinnern – bereits vor knapp drei Jahren, am 30.01.2017 stand ich hier oben mit einem vordringlichen Initiativantrag zum Thema Strategie zur Eindämmung des illegalen Glückspiels. Der Antrag lautete:

„Der zuständige Sicherheitsreferent wird aufgefordert gemeinsam mit den zuständigen Behörden eine Strategie zur Eindämmung des illegalen Glückspiels in der Stadt Wels zu erstellen und sich gleichzeitig für eine Stärkung und Aufstockung der kontrollierenden Organe bezüglich Glückspiels einzusetzen. Diese Schritte müssen bis 31. März 2017 eingeleitet und dem Gemeinderat vorgelegt werden, nachdem diese Problematik keine Aufschiebung duldet.“

Wer sich erinnert weiß, damals meldeten sich einige Kollegen zu Wort: Kollege Reindl-Schwaighofer pflichtete dem bei, Kollege Kroiß unterstrich die Wichtigkeit des Themas, Kollege Dr. Csar sagte das ist eine Landesthematik und stellte den Antrag auf Zuweisung in den Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss. Wir hörten über dieses Thema nicht mehr sehr viel, es wurde medial aufbereitet und mit der Finanzpolizei eine Vorgangsweise besprochen. Allerdings sind wir bei einem Zeitungsartikel wieder sehr hellhörig geworden – und zwar als am 16.01. d.J. ein Artikel in den OÖ Nachrichten erschien. In diesen wurde Herr Erwin Hehenberger erwähnt, Vorsitzender der Welser Tafel, der Alarm schlägt. In der Neustadt, am Flotzingerplatz, gibt es eine soziale Einrichtung, in der es für sozial benachteiligte Menschen die Möglichkeit gibt günstig einzukaufen und zu essen. Gleich daneben befindet sich eine illegale Glückspielstätte. Ich erlaube mir heute nicht einmal eine Zahl von solchen Stätten zu nennen, weil ich mir nicht sicher sein kann, ob diese Zahl morgen noch richtig ist. Wie hoch ist diese Dunkelziffer wirklich? Wie viele Automaten wurden in den letzten Tagen aufgestellt?

Heute sah ich auf Instagram eine Werbung eines Welser Glückspielunternehmens, die mir weis machen wollte, wenn ich Unternehmer bin und Umsatzverluste aufgrund des Rauchverbotes habe, dann gibt es eine einfache Lösung – ich trete mit dem Unternehmen in Kontakt, dieses stellt einfach einen Automaten auf, ich brauche nur einen freien Platz. So sind alle meine finanziellen Probleme gelöst.

Nun wissen wir alle auf wessen Kosten das geht. Das ist jetzt nicht auf Kosten des Rauchverbotes und der ehemaligen rauchenden Gästen, sondern das sind Schicksale. Das sind Menschen, die zum Teil mit Spielsucht, zum Teil mit familiären und damit finanziellen Problemen kämpfen, die eben diese Spielstätten aufsuchen und dort ein Vermögen hineinwerfen. Herr Hehenberger spricht davon, dass Personen in seine Einrichtung kommen und anschließend zu den umliegenden Wettterminals gehen und dort das Doppelte ihrer Mindestpension verspielen. Das muss man sich einmal vor Augen führen.

Was ist seit 2017 in der Stadt Wels diesbezüglich geschehen? Damals machten wir bereits auf dieses Thema aufmerksam. Jeder, der mit offenen Augen durch die Stadt geht sieht, wir haben einen regelrechten Wildwuchs an diesen Wettlokalen. Sei es jetzt legal oder illegal. Letzte Woche gab es einen großen medialen Wirbel darum, wo sich die Stadt Wels einmischt und wo ihre Kompetenzen liegen. Wir können uns sehr oft anhören vom Herrn Bürgermeister aber auch vom zuständigen Referenten, es liegt an den Zuständigkeiten, den Kompetenzen, es ist ein Landesgesetz, welche Behörde ist zuständig, wer kann eingreifen usw. Wer ist eigentlich an der richtigen Stelle um hier Handlungen zu setzen?

Erinnern darf ich an die Diskussion, die es in den Medien gibt zum Thema Freshland. Auch zu diesem Thema gibt es keine Zuständigkeit der Stadt, keine Zuständigkeit des Herrn Bürgermeisters oder des Wirtschaftsreferenten in den freien Markt einzugreifen. Vielmehr vermisse ich dieses Engagement beim Thema Glückspiel. Sie könnten doch einmal Kontakt herstellen mit den Eigentümern und ihnen sagen, das wollen wir nicht.

Es funktioniert augenscheinlich nur dann, wenn es um die Frage der Rasse der Eigentümer oder der Sprache in den Prospekten geht, dann ist man vielleicht eher gewillt den Kontakt zu suchen. Wenn es um das Thema Glückspiel geht, haben wir die Befürchtung es handelt sich nur um Lippenbekenntnisse.

Die Stadt Wels hat noch eine andere Verantwortung, wenn es um das Thema Glückspiel geht. Es geht um die finanziellen oder personellen Ressourcen zum Thema Streetwork, in der aufsuchenden Jugendarbeit Betroffenen zu helfen und zu verhindern, dass es solche Schicksale gibt.

Wir sollten endlich einmal Taten setzen. Wir putzen uns immer ab und sagen, das Thema ist ein Landesgesetz. Treten wir doch nochmals in einen Dialog ein und suchen wir Lösungen. Sehen wir uns andere Beispiele in Österreich an - Beispiel Wien: Diese schafften vor einigen Jahren auf Landesebene die Problematik gesetzlich zu lösen und das kleine Glückspiel zu verbieten. Es gibt staatlich kontrolliertes Glückspiel mit Konzessionen, dann können wir doch als Stadt Wels hergehen und sagen, fordern wir das Verbot des kleinen Glückspiels in ganz Oberösterreich und lösen wir damit die Probleme.

Bitte um einen gemeinsamen Kampf, schieben wir die Sache nicht wieder auf die lange Bank. Ich möchte nicht in einem Jahr wieder hier stehen und daran erinnern müssen. Packen wir das Thema an!

Vzbgm. Kroiß: Du hast Recht, wir haben immer noch zu viele Glückspielautomaten in Wels. Jeder einzelne Glückspielautomat ist einer zu viel. Den Vorwurf, dass wir als Stadt Wels oder speziell ich als Sicherheitsreferent zu wenig oder gar nichts mache, ist schlichtweg falsch. Von Beginn an sagte ich, wir müssen danach trachten, dass wir dem illegalen Glückspiel Einhalt gebieten. Wir müssen darauf schauen, dass manche Personen, potentielle Anbieter des illegalen Glückspiels nicht in Wels Fuß fassen. Das Stadtpolizeikommando und die Finanzpolizei müssen wir als Stadt Wels mit all unseren Kräften unterstützen. Die Kontrolle liegt bei diesen Behörden. Wir als Stadt Wels sind nur in wenigen Bereichen im Rahmen der Baubehörde, des Gewerbebereichs und nach dem Feuerpolizeigesetz zuständig.

Wenn du die Frage stellst, was in der Vergangenheit geschehen ist, dann kann ich dir sagen, es gab von Beginn an einen sehr regen Austausch zwischen den einzelnen Behörden, der Stadt Wels und mir, wie wir gemeinsam vorgehen können. Es gab viele gemeinsame Kontrollen bereichsübergreifend. Liest man die Statistiken sieht und weiß man, dass gerade im Jahr 2019 sehr viel getan wurde. Es wurde sehr viel kontrolliert und 115 Automaten wurden beschlagnahmt. Mehr wie in allen anderen Bezirken in Oberösterreich.

D.h. es wird sehr viel kontrolliert, es wird sehr viel getan – wir müssen aber noch viel mehr tun, um dem illegalen Glückspiel Einhalt zu gebieten. Es gab viele gemeinsame Anträge im Gemeinderat, wo es um die Verschärfung des Glückspielgesetzes ging. Wir müssen noch mehr mit Nachdruck daran arbeiten.

Nun zu diesem neuen Lokal in der Neustadt. Der Betreiber fand eine neue Vorgangsweise, nämlich einen leeren Raum mit drei Glückspielautomaten und drei Hockern. Sonst ist keine Einrichtung vorhanden. Es ist kein Personal anwesend. Das erschwert natürlich die Kontrollen. Als ich davon erfuhr, ersuchte ich das Stadtpolizeikommando umgehend um eine Kontrolle. Das ist auch geschehen. Zusätzlich nahm ich Kontakt mit der Finanzpolizei und der Polizeibehörde auf, um die weitere Vorgangsweise zu erörtern. Es ist eine komplett neue Situation. Ich drängte auf mehr Kontrollen und auf eine Betriebsschließung. Das Ergebnis der Finanzpolizei und der Behörde liegt noch nicht vor, außerdem ist die rechtliche Gesetzeslage nicht so einfach.

Ebenso nahm ich mit dem Betreiber der Welser Tafel Kontakt auf und bot ihm an, dass wir im Rahmen der Prävention die Spielsuchtberatung durchführen, um diesen Klienten vor Augen zu führen, was passieren kann, wenn man in die Spielsucht abrutscht. Natürlich werden grundsätzlich von der Stadt Wels Spielsuchtberatungen durchgeführt. 2019 gab es auch ein Projekt, in dem es um die betroffenen Angehörigen ging. Die Glückspielsucht ist seit dem Jahr 2018 als Krankheit klassifiziert. Hier würden wir als Stadt Wels durchaus mehr finanzielle Unterstützung seitens des Landes erhoffen. Alle Ansuchen wurden von den zuständigen Referentinnen - Landesrätin Gerstorfer und Landesrätin Haberlander - abgelehnt.

Wir unterstützen natürlich die Stadt Wels. Alle Behörden, die daran arbeiten im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel werden versuchen die rechtlichen Bedingungen weiterhin zu verschärfen. Wir werden auch danach trachten, speziell was das Land und den Bund betrifft, den Druck zu erhöhen. Ebenso pochen wir immer auf das Mitspracherecht der Gemeinden, wo es um das legale Glückspiel nach dem Wettgesetz geht. Alleine seit dem Jahr 2015 gaben wir 134 negative Stellungnahmen ab, in denen wir als Stadt sagen, wir wollen das nicht. Es liegt jedoch immer noch in der Kompetenz des Landes. Hier müssen unsere Rechte stärker verankert werden.

GR. Weidinger: Wahrscheinlich sind alle Mitglieder des Gemeinderates gegen das illegale Glückspiel in Wels. Oberösterreich erlaubt das sog. kleine Glückspiel und die Aufstellung von ca. 1.200 Automaten. Diese befinden sich legal in diversen Lokalen. In Wels gibt es legale Glückspiellokale, sie sind gekennzeichnet nach dem Spielerschutzgesetz. Bei Eintritt in das Lokal muss man sich ausweisen, man geht durch eine Sicherheitsschranke, man kann sich beispielsweise selbst sperren lassen. Rigoros überprüft wird auch der Jugendschutz. Das sind gewisse Parameter wo ein jeder bei Eintritt in das Lokal weiß, in diesem ist legales Glückspiel erlaubt.

Das größte Problem für die Welser Polizei und die Finanzpolizei sind die sog. „Hinterhof-Automaten“. Gegen diese gehen die vorher genannten Behörden vor, jedoch sind die gesetzlichen Grundlagen das größte Problem. Beschäftigt werden Rechtsanwälte, die nichts anderes tun als den Behörden „Prügel zwischen die Füße zu werfen“, Einsprüche jeder Art zu machen und Rechtsmittel zu ergreifen, um die Behörden daran zu hindern etwas voranzutreiben. Es ist vermutlich nicht das Gesetz, welches das Ganze verhindert, sondern es ist das Gegenüber. Wir haben Fälle, da wissen wir teilweise nicht einmal wer der Betreiber der Automaten ist. Zurzeit gibt es Container, die von uns betreten werden, wir beschlagnahmen die Automaten und Schlösser werden angebracht. Jedoch ist am nächsten Tag ein anderes Schloss eingebaut und wir können das „Lokal“ wieder nicht betreten. Es liegt mit Sicherheit nicht an der Motivation der Strafbehörden, sondern es liegt vielleicht ein bisschen an dem, was wir vom Gesetzgeber noch bräuchten, damit wir die Gesetze vollziehen können.

Dazu gibt es einen einstimmigen Beschluss der Landeshauptleute. Es sind sehr konkrete Dinge angeführt, die den vollziehenden Behörden helfen könnten. Ein Beispiel wäre die Verlängerung der Betriebsschließungsdauer von einem auf drei Jahre. Denn in diesem einen Jahr passiert so viel, teilweise werden die Verfahren verschleppt, wir brauchen zwei Jahren für den Abschluss. Da hat das Lokal schon wieder geöffnet.

Zuerst müssen wir eine „Androhung der Betriebsschließung“ aussprechen. Wenn wir diese nicht mehr machen müssten sondern sofort den Betrieb schließen könnten, wäre das ein großer Vorteil. Wir können keine Schließung des gesamten Lokales aussprechen – das ist unser größtes Problem –, wenn sich darin auch legal aufgestellte Automaten befinden. Es gibt in Wels Lokale mit einem Raum mit legal aufgestellten Automaten und einem Raum mit illegal aufgestellten Automaten. Somit können wir das Lokal nicht schließen, weil es keine Teilschließungen gibt. Dazu gibt es ein Statement von LH Dr. Stelzer, der sich in einem solchen Fall für die Möglichkeit einer Schließung des gesamten Lokales ausspricht.

Weiters gibt es noch „Zwangmaßnahmen und obligatorische Vollstreckung von Betriebsschließungen durch technische Sperren“. Wenn wir ein Lokal schließen, soll es dem Betreiber nicht mehr möglich sein dieses Lokal zu betreten. Was passiert? Hier haben wir mit den Rechtsanwälten die größten Schwierigkeiten, die uns mit Klagen drohen, wenn wir zu viele Sperren anbringen. Wir möchten und könnten es vollziehen, dürfen es aber nicht, weil unser Gegenüber sehr gute Rechtsanwälte beschäftigt.

Es gibt noch die „Unwirksamkeit von Untermietverträgen bei Verdacht auf illegales Glückspiel“. Beispielsweise sitzt im Ausland der Vermieter, dieser vermietet es an Subunternehmer weiter. Teilweise wissen wir nicht einmal mehr wer der Betreiber wirklich ist. Das Lokal wird von irgendeinem Menschen betrieben, der eigentlich mit dem Lokal nichts zu tun hat, aber trotzdem kassiert. Es gibt auch die Nebelverträge. Diese sind rechtswidrig und sittenwidrig, in denen enthalten ist „... lieber Mann, dir kann nichts passieren, dir wird jede Art von Rechtsmittel bezahlt, der Rechtsanwalt wird dir kostenlos zur Verfügung gestellt“.

Sie sehen, es gibt darüber hinaus schon sehr viele Möglichkeiten. Den Beschluss der Landeshauptleute gibt es noch nicht, es ist sozusagen ein Wunsch an die Bundesregierung. Hier müssen wir den Hebel ansetzen. Ich gebe dir Stefan vollkommen Recht. Wir dürfen nicht untätig werden. Es ist einfach der Zustand eingetreten unter dem

Motto „... es bringt ja eh nichts ...“. Diesen Zustand müssen wir lösen, teils durch diese Forderungen und teils durch Aktivitäten der Stadt Wels.

StR. Reindl-Schwaighofer: Diese Thematik ist für viele Familien sehr belastend. Aus der Nachsorge der Sozialarbeit wissen wir, dass schwere Schicksale daran hängen, dass es leider Spielsüchtige gibt, die ihr ganzes Einkommen in die Automaten werfen. Wir kennen diese Problematik und ich würde wirklich um die Umsetzung des Antrages ersuchen. D.h. wir sollten einen Plan erarbeiten wie wir gemeinsam die verheerenden Folgen des Glückspiels in der Stadt Wels in den Griff bekommen können. Wir sind uns alle einig: Glückspiel ist eigentlich ein Unglück für viele Menschen.

Es ist gesundheitsraubend, richtet Familien zu Grunde, erzeugt wirtschaftlich katastrophale Zustände, treibt Kinder in die Armut. Lehrer bemerken oftmals, dass es bereits schwierig ist fünf Euro einzuheben. Das ist meiner Ansicht nach ein gesellschaftlich unhaltbarer Zustand. Wir sollten uns gemeinsam auf den Weg machen und sagen, wenn das kleine Glückspiel von uns allen als Unglück erkannt wird, dann sollten wir initiativ werden. Warum soll von der Stadt Wels in diesem Zusammenhang als sehr stark belastete Stadt nicht eine Initiative ausgehen, dass dieses kleine Glückspiel in Wirklichkeit verboten wird?

Wie vom Kollegen Weidinger ausgeführt, „raffen“ die Behörden um gesetzliche Bestimmungen, die von Anwälten so ausgelegt werden, dass die Betreiber immer wieder Recht bekommen. Im ORF sah ich einmal einen Bericht – es ist wirklich so! An einem Tag werden die Automaten beschlagnahmt, am nächsten Tag stehen schon wieder neue Automaten im Lokal. Ein Automat kostet 3.000 Euro, diese spielt er in drei Tagen wieder herein.

In Wirklichkeit gibt es dagegen kein erfolgreiches Instrument, weil die Rahmenbedingungen fast nicht machbar sind. Das ist meine Einschätzung dazu. Ich denke, das war der Grund warum Wien das Glückspiel überhaupt verboten hat. Kann mir wer den gesellschaftlichen Nutzen des kleinen Glückspiels sagen?

Zwischenruf GR. Dr. Csar: Arbeitsplätze!

StR. Reindl-Schwaighofer: Wenn das die Arbeitsplätze sind, die wir wollen, dann würden mir ein paar andere Bereiche auch noch einfallen.

In diesen seit Jahren geführten Debatten – es war in den vorigen Perioden immer der SPÖ-Bürgermeister Schuld daran –

Zwischenruf Bgm. Dr. Rabl: Der Bürgermeister ist immer schuld.

StR. Reindl-Schwaighofer: In dieser Woche wurde das Thema „Freshland“ angesprochen. Es wird uns seit Jahren gesagt, es gibt einen Eigentümer, der vermietet, der stellt Automaten auf – da können wir nichts tun! Dann kommt vermittelt von einer Welser Institution die Anfrage, dass in einem Geschäftslokal ein bayrisches Unternehmen sich etablieren möchte. Auf einmal kann man mit dem Eigentümer reden und den Einzug des Betreibers verhindern. Wenn ich in dieser Angelegenheit mit dieser Vehemenz vorgehe, ist das für mich relativ klar, hier passierte struktureller Rassismus.

Aber es geht jetzt nicht darum. Sondern es geht darum, ich vermisse den Vorgang mit der gleichen Vehemenz gegen das Glückspiel als wie gegen den vorhin genannten bayrischen Unternehmer. Mit Herrn Fehringer kann man reden – das war offensichtlich möglich – beim Glückspiel geht das angeblich nicht. Es wird immer darauf verwiesen, man kann keine Gespräche führen und die Eigentümer sind nicht greifbar. Wenn wir auch nur zu 50 % Recht haben, so haben wir zumindest 50 % weniger Probleme mit dem kleinen Glückspiel in unserer Gesellschaft.

StR. Lehner: Im Rahmen meines Referates möchte ich klarstellen, dass es immer wieder sehr viele Fälle gibt, wo ich als Wirtschaftsreferent mit Geschäftseigentümern, mit Hauseigentümern in Kontakt trete und mit ihnen spreche, dass die eine oder andere Nutzung ihres Objektes nicht im Interesse der Stadt und der Welser Bevölkerung liegt. Teilweise habe ich hier offene Türen und erfahre ich ein Entgegenkommen, teilweise ist es nicht so. Als Wirtschaftsreferent kann ich es mir nicht aussuchen.

Erinnern darf ich an die Presseberichterstattung zum Thema WinWin am Stadtplatz. Dazu gab es ein klares politisches Nein. Es gab Medienberichte, dass die Stadt Wels das nicht will, der Eigentümer – mit dem wir natürlich in Kontakt getreten sind – erklärte, für ihn ist das der bestmögliche Mieter. Wir als Politik waren dagegen machtlos. Ähnliches ist vorgefallen am Ring. Ähnliches ist vorgefallen am Kaiser-Josef-Platz. In den Situationen, wo mir bekannt wird, dass Wettlokale einziehen, wo ich als Politiker der Meinung bin, dass ich damit ein Geschäft an einer Stelle habe, welches ich nicht für richtig halte, dann bringe ich das zum Ausdruck und trete in Kontakt mit dem Hauseigentümer. Das gleiche gilt – es ist jetzt nicht aktueller Diskussionspunkt – für das Freshland. Auch hier haben wir unsere Meinung, zu der wir stehen, nach unserer Meinung aus berechtigten Gründen. Persönlich geht es mir um die Qualität und Regionalität des Wochenmarktes. Diese wollen wir stärken und nicht durch Billigimporte aus Bayern irgendwie in Mitleidenschaft ziehen.

Daher diese Entscheidung. Sie ist vergleichbar mit den Entscheidungen, die ich schon oft getroffen habe im Bereich des Glückspiels und der Wettlokale.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Zur Bekämpfung des illegalen Glückspiels wurde bereits genügend gesagt. Festzuhalten ist, nach wie vor sind die Finanzpolizei und die Welser Polizei – nicht die Stadt Wels - zuständig. Wir haben hier ein Anhörungsrecht und nicht mehr. Unabhängig davon werden wir auch weiterhin so gut wie bisher mit der Polizei zusammenarbeiten, um die entsprechenden Erfolge zu erzielen. Ich gebe aber zu bedenken und ich glaube es könnte hier tatsächlich wegweisend sein, dass bisher kein wirkliches rechtliches Mittel gefunden wurde, um das illegale Glückspiel effizient zu bekämpfen. Es gibt viel zu viele Unklarheiten darüber. Beispielsweise was ist der Unterschied zwischen einer Wette und einem Glückspiel, wenn ich heute wette, dass übermorgen der Komet vom Himmel fallen wird? Dann ist das genauso Glück als wenn ich wette, dass die Kugel auf die Zahl 36 fällt.

Es gibt das Problem der Geschicklichkeit um ein Spielergebnis zu beeinflussen, es gibt das Problem des kleinen Glückspiels, des großen Glückspiels. Deutschland entschied sich daher Wette und Glückspiel überhaupt freizugeben ab dem Jahr 2021, weil man es bisher nicht in den Griff bekommen hat. Ob das der Weg für Österreich sein wird, wird

man sehen. Prinzipiell sollte man sich überlegen, ob das Glückspiel nicht generell wieder einem staatlichen Monopol unterworfen wird. Das ist aus meiner Sicht eher der sinnvolle Weg in diesem Zusammenhang.

Was die Vergabe der Lokalitäten betrifft, Johnny, bin ich schon bei Peter Lehner. Wir bemühten uns bereits mehrfach, dass Lokale nicht an Glückspiel-Betreiber vermietet werden. Allerdings muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass gerade die Glückspielbetreiber bessere Mieten bezahlen, weil sie pro Quadratmeter entsprechend hohe Umsätze erzielen können und der Vermieter – das Eigentumsrecht ist hier geschützt – selbständig autonom entscheiden kann was er mit seinem Mietgegenstand macht.

Wir tun das nicht nur bei den Glückspiellokalitäten sondern auch bei vielen anderen Lokalitäten. Erinnern darf ich daran, dass Denn´s Bio einziehen wollte gegenüber dem Uni-Markt auf der Ringstraße. Auch hier sprachen wir uns dagegen aus. Erinnern kann ich mich daran, die SPÖ kritisierte das sogar. Ich hörte nicht es handelt sich um strukturellen Rassismus, weil Denn´s Bio aus Deutschland kommt. Jetzt handelt es sich plötzlich um strukturellen Rassismus – das finde ich interessant. Ich glaube Johnny, du gehst hier zu weit in deinen Feststellungen und Vorhalten. Man sollte gerade bei dieser Wortwahl vorsichtig sein, was man vorwirft. Strukturellen Rassismus den Gemeinderatsfraktionen vorzuwerfen, halte ich für nicht in Ordnung.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen Geschäfte dort hin zu bekommen, wo wir glauben sie sind für die Stadt Wels und für die Entwicklung der Stadt insbesondere in der Innenstadt positiv. Das ist aus meiner Sicht Aufgabe der Politik. Wenn der Eigentümer dabei nicht mitspielt, muss man das zur Kenntnis nehmen. Trotzdem werden wir uns weiterhin bemühen, weil der Branchenmix wesentlicher Erfolgsfaktor für eine funktionierende Innenstadt ist und auch bleiben soll. Insofern sind wir auf dem richtigen Weg. Ich denke damit wurden Unklarheiten ausgeräumt.

GR. Ganzert: Danke für die rege Diskussion zu dieser Aktuellen Stunde. Leider haben sich nicht alle Gemeinderatsfraktionen dazu gemeldet. Ich hörte jedoch heraus „wir sind uns einig“.

Lieber Andreas Weidinger, natürlich mein Dank und Respekt vor den jeweiligen Strafbehörden und den Kollegen. Auch der ORF wendet sich diesem Thema zu. Hier sieht man die Schwierigkeiten und Herausforderungen. Ich nehme das als einen Auftrag an jede Fraktion und den Organen der Gesetzgebung – dem Landtag und dem Nationalrat – die notwendigen Instrumente zu schaffen.

Danke auch dem Sicherheitsreferenten. Bei vielen Dingen schieben wir immer wieder die Zuständigkeiten auf eine andere Stelle, wie z.B. das Land Oberösterreich. Nehmen wir die Dinge doch selbst in die Hand. Wenn wir wissen es ist ein Hotspot und das Land erkennt diesen nicht, dann müssen wir es selber erkennen. Wir müssen selber wissen wofür wir die finanziellen Ressourcen in die Hand nehmen.

Dasselbe gilt bei der Beschlagnahmung. Das sehe ich mit einem weinenden und lachenden Auge. Es zeigt uns wir haben eine hohe Anzahl an illegalen Automaten. Schade finde ich, nur StR. Reindl-Schwaighofer unterstützt das Bestreben das kleine Glückspiel in Oberösterreich zu verbieten. Kollege Weidinger sagte sehr schön, in Wien

ist es schon verboten, dort gibt es nach wie vor illegales Glückspiel. Illegale Aktivitäten haben es an sich, dass etwas Verbotenes dennoch stattfindet. Ich habe bisher noch kein Argument verstanden warum nicht auch Oberösterreich her geht und sagt, das kleine legale Glückspiel hat keinen Sinn. Illegales Glückspiel wird ohnehin bekämpft und wir müssen hier schon auch wissen und auch so ehrlich sein, dann darf man sich halt die Hände nicht schmutzig machen. Also es ist schon die Frage der Politik und der einzelnen Länder, wieso sie das Ganze genehmigen, weil es da um Lizenzen und um Geld geht. Hier müssen wir so weit sein darauf zu verzichten und zu sagen, ok, das ist es uns wert. Wir wollen eine gesunde Gesellschaft, die Bevölkerung vor diesen Bedrohungen schützen und uns nicht mit diesem Geld die Hände schmutzig machen.

Mich würde es trotzdem freuen, wenn wir heute aus der Aktuellen Stunde herausgehen und mit einem geschärften Blick auf dieses Thema schauen. Wir sprachen bereits 2017 das Thema einer sog. Taskforce an. In Grieskirchen gelingt es z.B. mit der Finanzpolizei und mit den zuständigen Behörden. Danke für die Diskussion.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die rege Diskussion zum Thema der Aktuellen Stunde. Wir müssen jetzt noch einen weiteren Beschluss nachholen. Es wurde vorher die Flächenwidmungsplanänderung im Zusammenhang mit dem Grundstück der WSG Punkt 6. von der Tagesordnung gestrichen. Der Punkt 8. der Tagesordnung ist der korrespondierende Bebauungsplan, der logischerweise auch nicht beschlossen werden kann, wenn der Flächenwidmungsplan nicht beschlossen wird. Beide Anträge gehören zusammen.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung auf Absetzung des TOP 8.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Bgm. Dr. Rabl auf Absetzung des TOP 8. wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend eigene Förderrichtlinie für Ärztinnen und Ärzte und
Vergabe der Förderungen
Verf-015-I-1-2020

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Postsäcke der Österreichischen Post AG
Verf-015-I-2-2020

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

GR. Dr. Csar: Wir werden die Dringlichkeit um des Friedens willen akzeptieren, stellen sie aber in Frage. Die Begründung der Dringlichkeit fehlt, denn es steht nichts darüber warum und weshalb dieser Antrag dringlich ist. Nach den gesetzlichen Voraussetzungen ist diese Dringlichkeit höchst fragwürdig. Vielleicht kann künftig bei den Dringlichkeitsanträgen mitbedacht werden, dass nach der Geschäftsordnung die Dringlichkeit auch zu begründen und darzulegen ist. Ich habe jetzt gesehen, die Begründung wird nachgeliefert oder sie steht zwischen den Zeilen. Würden wir heute der Dringlichkeit nicht zustimmen, wird dieser Antrag bei der nächsten Gemeinderatssitzung als Initiativantrag eingebracht.

Bei den heutigen acht Tagesordnungspunkten, wovon zwei abgesetzt wurden, haben wir auch noch genügend Zeit zur Behandlung dieses Themas. Ich wäre sehr dankbar, wenn die SPÖ-Gemeinderatsfraktion beim nächsten Mal beachtet, ob es wirklich dringlich ist und diese entsprechend begründet.

GR. KR. Schönberger: Die Dringlichkeit ist schlichtweg damit begründet, dass alleine die oberösterreichischen Bankinstitute heuer um die 200.000 Bankomat- und Kreditkarten versenden werden. Werden einer, zwei oder drei dieser Säcke mitgenommen, so ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß darin fündig zu werden. Darin sehe ich die Dringlichkeit begründet. Ich habe recherchiert und wir sind der Meinung hier sollte schnell etwas gemacht werden. Da es dabei um Baulichkeiten geht, ist das keine Sache von heute auf morgen, sondern es wird erst in den nächsten Monaten dann so weit sein.

Dem Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, GR. Mag. Sönser)
 1 Nein-Stimme (GR. Mag. Teubl)

zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Wie üblich werden die beiden Dringlichkeitsanträge nach Abarbeitung der Tagesordnung behandelt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Anpassung von Kundmachungsbestimmungen
Verf-015-W-33-2019

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 21.01.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Anpassung von Kundmachungsbestimmungen beschließen.

Einstimmig angenommen.

2.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2019/026

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 21.01.2020:

Die in den Anlagen 1 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird mit

gegen 28 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
die Einhebung einer Gebrauchsabgabe (Gebrauchsabgaben-
Verordnung der Stadt Wels 2020)
FD-StV-14-2020

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 21.01.2020, der Gemeinderat möge beigefügt Gebrauchsabgaben-Verordnung der Stadt Wels 2020 beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Kündigung des Stellplatzes Nr. 34 in der Tiefgarage
des Hauses Volksbank Wels, Pfarrgasse 5
SD-KFM-301/4-2020

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 21.01.2020, der Gemeinderat möge beiliegendes Kündigungsschreiben über den Stellplatz Nr. 34 in der Tiefgarage des Hauses Volksbank Wels, Pfarrgasse 5, beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatterin Stadträtin Margarete Josseck-Herd

5.)

Neubau des Kindergartens Pernau NEU Negrellistraße;
Grundsatzbeschluss nach der Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019;
Auftragsvergabe an die Bietergemeinschaft Felbermayr Bau GmbH & Co KG
und eww Anlagentechnik GmbH
BK-KI-14-2019
miterledigt: SD-TFM-1014-2018

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im gemeinsamen Generationenausschuss und Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 20.01.2020:

1. Beiliegende Schreiben „Mitteilung Zuschlagsentscheidung“ und „Entwurf Zuschlagserteilung Auftrag“ in der Höhe von € 2,227.622,40 netto zzgl. USt. iHv. € 445.524,48, d.s € 2,673.146,88 brutto, an die Bietergemeinschaft Felbermayr Bau GmbH & Co KG und eww Anlagentechnik GmbH, Wels, Machstraße 7, werden beschlossen. Hinsichtlich der Zuschlagserteilung ist das Verstreichen der Stillhaltefrist abzuwarten.
2. Die mittelbewirtschaftende Stelle wird ermächtigt, nach Maßgabe der gegenständlichen vertraglichen Vereinbarung gemäß Beschlusspunkt 1. die Auftragssumme zur Bedeckung unvorhergesehener Mehrleistungen, die anlässlich der Vertragsabwicklung erforderlich werden, im Bedarfsfall um 5 % zu überschreiten.

3. Grundsatzbeschluss: Der Neubau Kindergarten Pernau, Negrellistraße, mit sechs Kindergarten- und zwei Krabbelstubengruppen mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von € 3,481.000,00 netto, zzgl. USt. iHv. € 696.200,--, d.s € 4,177.200,-- brutto, gemäß Amtsbericht samt Beilagen wird grundsätzlich beschlossen. Beschlusspunkte 1. und 2. bleiben hiervon unberührt.

GR. Hacker: Im bereits vom Gemeinderat beschlossenen Entwicklungskonzept Kinderbetreuung 2015/2020 wurde festgehalten, dass im Stadtteil Pernau ein dringender Bedarf an Krabbelstuben- und Kindergartenplätzen besteht. Nun ist es endlich so weit: Viel Spaß und viel Natur! Auf dem naturnahen Grundstück in der Negrellistraße entsteht ein Kindergarten. Ein Vorzeigeprojekt, in dem bauliche und pädagogische Neuheiten verwirklicht werden.

Auf dem 4.200 m² großem Außenbereich werden abwechslungsreiche und spannende Bewegungsmöglichkeiten entstehen. Ganz erfreulich ist der Naschwald, der Naschgarten und der Bastelwald – viel Grün mit heimischen Hölzern! In Anbetracht der im Örtlichen Entwicklungskonzept ausgewiesenen Wohngebietsflächen ist es sehr wichtig, dass der neue Kindergarten so projektiert und eingereicht wurde, dass in einer späteren Phase das Gebäude um eine Achse erweitert werden kann.

In guter Zusammenarbeit aller Fraktionen und natürlich auch mit der Baudirektion – ein herzlicher Dank an dieser Stelle – geht hier ein ganz, ganz wichtiges und schönes Projekt in die Umsetzung.

GR. Scheinecker, BA: Der Kindergarten Negrellistraße beschäftigte uns alle sehr intensiv. Es war kein Projekt, welches von heute auf morgen entstanden ist, aber jetzt können wir sagen: Ende gut, alles gut! Dazwischen führten wir unterschiedlichste Diskussionsprozesse und es ist für mich ein Zeichen wie gute Gemeinderatsarbeit auch funktionieren kann. Ich kann mich an Ausschussdiskussionen erinnern, in denen etwas ungeeignete Grundstücke, wie der Kaiserschützenpark, vorgestellt wurden.

Ich finde es großartig, dass es uns gemeinsam gelungen ist (anfänglich mit etwas Druck und Widerstand) hier einen besseren und konkreteren Plan zu entwickeln.

Bei der Geschichte „Ende gut, alles gut“ ist gerade im Bereich Kinderbetreuung noch nicht das letzte Wort gesprochen. Wir legen in der Pernau definitiv eine gute Grundfeste. Wir müssen uns generell im Bereich der Kinderbetreuung überlegen, wo wir hinwollen. Was muss die Kinderbetreuung in der Stadt Wels leisten? Hier liegt in den nächsten Jahren noch sehr viel Arbeit vor uns. Ich hoffe, wir können sie ähnlich gut und produktiv lösen. Wenn wir die Gesamtheit der Kinderbetreuungseinrichtungen anschauen, sollen wir als Kommune sagen können das bestmögliche gemacht zu haben, um unsere Kinder, Kleinstkinder und die Schüler auf das Leben vorzubereiten. Ich glaube, das ist alles „work in process“ und auf diesen ersten Schritt bin als Gemeinderätin sehr stolz. Gratuliere!

StR. Lehner: Vom Blickwinkel eines Baureferenten muss ich sagen, dass es sich beim Prozess der Planungsdurchführung bzw. bei der Entscheidungsfindung für einen Planer und vor allem jetzt bei der Ausschreibung zeigte, es ist uns gelungen die Interessen der Kinder in den Vordergrund zu stellen. Wie können wir einen neuen Kindergarten bauen, der gegen Hitze die entsprechenden baulichen Maßnahmen mit sich bringt, der

genügend Grünraum hat, gut erreichbar ist und einen Anschluss an den Radweg aufweist?

All das ist uns gelungen und ich bin überzeugt, dass wir mit den beauftragten Welser Firmen zur Fertigstellung in Summe ein kostenmäßig sehr attraktives Modell gefunden haben. Es wird zeigen, dass Investitionen in Kinder – und um das geht es hier – in der Stadt einerseits hohe Priorität genießen und andererseits wichtig und wertvoll sind, denn die Kinder brauchen diese Entwicklungsräume. Die Pädagogik passiert im Kindergarten und daher sollen und müssen wir hier ideale Voraussetzungen schaffen. Gemeinsam ist es uns gelungen mit diesem Projekt und dem richtigen Grundstück das Optimale für die Kinder zu gestalten und zu bauen.

GR. Stojanovic, BSc: Wir hörten jetzt schon sehr viele Ausführungen und ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei Stadträtin Margarete Josseck-Herdts bedanken für ihren Einsatz, für ihre Mühe, damit die Kinder durch diesen Neubau nicht in Containern untergebracht werden müssen. Das ist vor allem eine großartige Leistung, weil diese Containerunterbringung sicherlich einige hunderttausend Euro gekostet hätte.

Der Frau Stadträtin war natürlich die Nachhaltigkeit der Einrichtung des neuen Kindergartens wichtig. Ihren Ausführungen konnten wir entnehmen worauf beim Bau geachtet wird. Ich finde es sehr beeindruckend und sehr wichtig beim Bau an neue Ressourcen anzuknüpfen. Gerade weil es in der Pernau bei den Kinderbetreuungsplätzen einen Engpass bzw. baubedürftige Gebäude gibt, ist es sehr gut dieses wichtige Projekt jetzt zu starten. Danke dem Herrn Bürgermeister für die Bereitstellung der dafür benötigten finanziellen Mittel.

GR. Mag. Teubl: Natürlich sind auch wir GRÜNE sehr froh über diesen heutigen Grundsatzbeschluss, weil er die Kinderbetreuungssituation im Stadtteil Pernau sicherlich mittelfristig deutlich verbessern wird. Ich möchte aber doch daran erinnern, dass es sich hier nicht um einen neuen zusätzlichen Kindergarten handelt, sondern um einen Ersatz für in die Tage gekommene Kindergärten in diesem Stadtteil. Während neue Kindergärten – auf das möchte ich eigentlich hinaus – in letzter Zeit nur mehr von Privaten errichtet wurden und das insbesondere von parteinahen Organisationen.

Ich möchte an dieser Stelle einmahnen, dass in Zukunft auch die Stadt Wels ihre Verantwortung für die Kinderbetreuung durch Kindergartenneubauten wahrnehmen und nicht das Feld privaten Betreibern überlassen soll. Dieser offensichtlich sehr toll werdende Kindergarten wurde erst möglich, weil die Opposition in diesem Haus die Reißleine zog. Ansonsten hätten wir jetzt den ersten europäischen Kindergarten auf einer Verkehrsinsel. So haben wir ein Projekt, welches wir alle mit gutem Gewissen beschließen können. Das ist doch die Arbeit aller Parteien gewesen. In diesem Sinne wünsche ich dem Kindergartenneubau Pernau ein gutes Gelingen!

Bgm. Dr. Rabl: Zur Information für alle: Der Grund für die privaten Errichtungen liegt darin, dass das Land diese mit 10 bis 20 % fördert und unterstützt, nicht aber die Stadt Wels beim Bau von Kindergärten. 20 % von 3,5 Mio. Euro sind immerhin noch 700.000 Euro. Das muss man in diesem Zusammenhang durchaus wissen.

GR. Kroiß: Ich möchte mich meiner Kollegin anschließen. Es wissen alle, der Kindergarten in der Negrellistraße ist baufällig. Aber es heißt nicht, dass dieser wegfällt, sondern es wird ein neuer gebaut, dann wird der andere abgerissen und zusätzlich ein neuer Kindergarten errichtet. Das heißt, die Plätze gehen deswegen nicht verloren. Kinderbetreuung ist nicht alleine die Aufgabe der Stadt. Manchen Privaten ist es eine Herzensangelegenheit für die Kinder Plätze zu schaffen. Es ist sicherlich nicht schlecht, wenn von privater Hand auch etwas ermöglicht wird.

StR. Josseck-Herdt: Ich habe ganz vergessen mich bei Herrn Bürgermeister Dr. Rabl als Finanzreferenten zu bedanken, denn wir haben nicht die billigste Variante gewählt. Der Herr Bürgermeister hat sehr viel Geld in die Hand genommen und wird noch viel Geld in die Hand nehmen müssen für den Bau des zweiten Kindergartens, der nächstes Jahr gestartet werden soll. Denn wir hätten auch die Kinder in Container unterbringen können, den Kindergarten Herderstraße abreißen, dort neu bauen usw. Diese Aufregung bei den Eltern und Kindern wäre sicher nicht angenehm gewesen. Herzlichen Dank Herr Bürgermeister! Sie finanzieren diese Kindergartenbauten mit sinnvoll eingesetzten Steuergeldern ohne neue Schulden zu machen.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

6.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die
Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 17)
BauR-269-05-7-2018
BauR-269-05-8-2018

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 20.01.2020, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels Nr. 5/2015 (17. Änderung) beschließen.

Dieser Punkt wurde zu Beginn der Sitzung einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

7.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die
Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 62)
und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 26)
BauR-269-05-8-2019

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 20.01.2020, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels Nr. 5/2015 (62. Änderung) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (26. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplanes Nr. 315/2.9 (Stadtteil Vogelweide)
BauR-269-06-14-2018

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 20.01.2020, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplanes Nr. 315/2.9 (Stadtteil Vogelweide) beschließen.

Dieser Punkt wurde zu einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend eigene Förderrichtlinie für Ärztinnen und Ärzte und
Vergabe der Förderungen
Verf-015-I-1-2020

GR. KR. Schönberger: Bei diesem Dringlichkeitsantrag zum Ärztemangel geht es inhaltlich darum, dass uns die demografische Entwicklung nicht nur bei der älter werdenden Bevölkerung und somit bei der nicht stärker zur Gesundheit neigenden Bevölkerung in Wels ein Schnippchen schlägt, sondern es sich auch bei den Ärzten bemerkbar macht. Wegen den in den nächsten Jahren anstehenden Pensionierungsfällen bei den Allgemeinmediziner*innen müssten bei uns alle Alarmglocken schrillen. Wir müssen dafür sorgen rechtzeitig Nachwuchs zu finden.

Frühestens in acht bis neun Jahren werden die derzeit an den Universitäten Studierenden als Allgemeinmediziner zur Verfügung stehen. Das heißt, wir befinden uns heute oder besser gesagt morgen im Wettbewerb mit ganz Oberösterreich – ich würde sogar sagen mit ganz Österreich -, wenn es um die ärztliche Versorgung geht.

Die erst kürzlich aufgetretene mediale Aufmerksamkeit, die Wels erregte, trägt nicht unbedingt bei den Allgemeinmedizinerinnen oder Ärzten dazu bei nach Wels zu kommen. Auch Ärzte wollen eine gewisse Planbarkeit und dafür bedarf es vernünftiger, im entsprechenden Ressort angesiedelter Förderungsrichtlinien. Das kann nicht so nebenbei im Wirtschaftsreferat geschehen. Wir müssen uns der Sache annehmen, um nicht morgen vor einem Chaos zu stehen, weil uns die Mediziner fehlen.

Den Medien ist zu entnehmen, dass über Facebook-Aktionen grenzüberschreitend um Mediziner - speziell um Hausärzte - geworben wird. Wels muss sich diesem Wettbewerb stellen. Wir brauchen vernünftige, nachvollziehbare Rahmenbedingungen. Deshalb dieser Dringlichkeitsantrag, weil wir rasch handeln müssen. Wir sollten relativ schnell in den Medien in Erscheinung treten.

GR. Dr. Csar: Die Gesundheits- und Ärzteversorgung ist uns ein besonderes Anliegen. Ich möchte eine optimale Versorgung in Wels. Jeder Welser soll bei einem praktischen Arzt diese Versorgung auch bekommen. Zurzeit gibt es ein Instrument zur Förderung, damit ärztliche Praxen unterstützt werden können. Dieses Förderregime existiert. Im Ausschuss können wir darüber diskutieren, wie weit es bei uns anwendbar ist.

Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Dr. Csar auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages der SPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 1) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

	<u>28 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen	<u>3 Nein-Stimmen</u> (GRÜNE-Fraktion, NEOS)
	<u>angenommen.</u>

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Postsäcke der Österreichischen Post AG
Verf-015-I-2-2020

GR. KR. Schönberger: Seit einigen Jahren wird die Post in Wels immer mehr und die Briefträger werden immer weniger. Daher werden die Rayons der Briefträger immer größer und die zu deponierende Post immer mehr. Fahren sie aufmerksam durch die Straßen in Wels werden sie am Stadtplatz beim Torbogen, bei der Richter Apotheke Postsäcke liegen sehen, genauso wie am Toiflweg und in der Straubinger Straße, wo sie teilweise frei am Gehsteig bzw. zwischen Müllcontainern in den Müllhäuschen liegen.

Es muss hier Abhilfe geschafft werden, weil es massive Beschwerden der Bürger gibt. Die Beschwerden schlagen in erster Linie bei den Briefträgern auf. Die Bürger müssen darum kämpfen, dass ihre Post nicht im Freien liegt und nass wird. Die nassen Briefe werden in die Postkästen eingeworfen. Wir diskutieren nicht über das Postgeheimnis. Wir diskutieren, ob bei den Haustüren noch die Namen angeführt werden dürfen, aber die

Post darf draußen zur freien Entnahme einfach in Säcken liegen. Es hat keiner etwas dagegen und tut auch keiner etwas dagegen.

Bei Anrufen bei der Post wird monatelang nicht zurückgerufen und erreicht man dann jemand Zuständigen in Linz oder Wien, so erklärt dieser dafür kein Geld zu haben. Die Welser Bürger haben es sehr wohl verdient ihre Post trocken und sauber zu erhalten. Außerdem sollte niemand Vorbeigehender die Post einfach so mitnehmen können. Die Alarmglocken läuteten bei mir als ich erfuhr, dass alleine die Bankinstitute heuer an die 200.000 Bankomatkarten und Kreditkarten (nicht eingeschrieben) nur in Oberösterreich versenden werden. Das öffnet Kriminellen Tür und Tor.

Wir als Stadt Wels sollten an die Post herantreten und das massiv einfordern. Auf Anrufe von betroffenen Bürgern reagiert die Post nicht. Es gehört auf höhere Ebene verlagert. Ich ersuche den Herrn Bürgermeister massiv auf die Post AG einzuwirken.

Sollte es keine Flächen zur Aufstellung von versperrbaren Kästen geben, dann müsste vielleicht auf öffentlichem Gut der eine oder andere Kasten platziert werden und der Postbedienstete diesen absperren können. Es geht hier nicht um eine große Sache, aber auch mit kleinen Dingen kann der Bevölkerung geholfen werden. Ich hoffe auf Zustimmung.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die Aufforderung an den Bürgermeister bezüglich der Stützpunkte. Ich kam dieser Aufforderung schon vor zwei Jahren nach. Am 12.04.2018 gab es eine Besprechung mit Herrn Mag. Feichtmair, Herrn Christoph Wurm-Schmidtbauer und Herrn Dipl.-Ing. Grossauer zu diesem Thema, weil mir das ähnlich wie dir aufgefallen ist. Wir vereinbarten mit den Vertretern der Post AG uns einen Plan für benötigte Stützpunkte zu übermitteln, damit die Stadt behilflich sein kann bei der Errichtung dieser Stützpunkte nach Absprache mit der Heimstätte. Die Postzusteller sind überwiegend mit dem Fahrrad unterwegs, daher sind diese Plätze notwendig und erforderlich.

Wir urgieren die Zurverfügungstellung des Planes mit den erforderlichen Stützpunkten zwei Mal. Bisher erhielten wir diesen nicht. Es hat als Stadt Wels keinen Sinn irgendwo Kästen aufzustellen, weshalb ich hier die Post in der Pflicht sehe. Wir werden aber selbstverständlich noch einmal ein diesbezügliches Urgenz-Schreiben verfassen.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, den Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion dem zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zuweisen, um dann darüber berichten zu können, ob die Post auf dieses Schreiben reagierte oder nicht.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Bgm. Dr. Rabl auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages der SPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 2) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl: Danke, damit ist die Tagesordnung erschöpft. Ich bedanke mich für die Diskussion. Heute ist es etwas kürzer geworden, genießen sie den restlichen Nachmittag – Sitzung geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 20.04.2020 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.